Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 83 (1989)
Heft: 11

Artikel: Sind Kriege in Europa führbar?
Autor: Lutz, Dieter S.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143507

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dieter S. Lutz

Sind Kriege in Europa führbar?

Sind Kriege in Europa führbar? Wer diese Frage beantworten will, muss zugleich Antwort auf mindestens drei Unterfragen geben:
1. Existieren «genügend» Streitkräfte und Waffen, um Krieg zu führen?
2. Lassen die Folgen und Wirkungen des Einsatzes von Waffen und Streitkräften das Führen von Kriegen überhaupt noch zu?
3. Gibt es Ursachen, Ziele, Entscheidungsträger, kurz: Bedrohungen, die Rückschlüsse auf die Möglichkeit der Führung eines Krieges in Europa erlauben?

Im folgenden will ich versuchen, Antworten auf diese Fragen zu finden, um dann einige Schlussfolgerungen, auch mit Blick auf die Schweiz, zu ziehen.

1. Gibt es «genügend» Waffen?

Lagen die *Weltrüstungsausgaben* (berechnet in konstanten Preisen für 1970) in der Zwischenkriegszeit (1930) noch etwa bei 23 Mrd. US-Dollar, so stiegen sie zu Beginn des Korea-Krieges (1950) auf 73 Mrd. US-Dollar und lagen Mitte der siebziger Jahre bei 215 Mrd. US-Dollar. Im Jahre 1980 belief sich die Gesamtsumme der Ausgaben (berechnet in laufenden Preisen) weltweit erstmals auf über 500 Mrd. US-Dollar. Damit war auch die Zäsur von einer Billion DM übersprungen. Und die Tendenz hält an: 1988 gab allein die NATO 400 Mrd. US-Dollar für Rüstung aus. Der Anteil der USA an dieser Summe betrug 280 Mrd. US-Dollar. Für die Sowjetunion ist eine ähnlich hohe Summe zu veranschlagen.

Doch nicht nur die finanziellen Ausgaben, sondern auch die Existenz von *Streitkräften und Waffen* selbst haben mittlerweile eine schwindelerregende Höhe erreicht. Nirgendwo auf der Welt existiert eine solche – nahezu unvorstellbare – Zusammenballung von Destruktionspotential wie in Mitteleuropa und wie insbesondere an den Grenzen der beiden Blöcke. Hier stehen sich mit fast 2 Mio. Soldaten mit entsprechender Ausrüstung nicht nur die höchsten Zahlen kampfbereiter Divisionen gegenüber, sondern es findet sich auch (mit bis zu 10 000 Atomwaffen) die höchste Nuklearwaffendichte pro Fläche. Insgesamt existieren in NATO und WVO 10 bis 11 Mio. Soldaten, über 100 000 Panzer, mehr als 12 000 Kampfflugzeuge usw. Aber mehr noch: Seit 1945 die erste Nuklearwaffe über Hiroshima detonierte, ist der Gesamtbestand an nuklearen Gefechtsköpfen auf 50 000 bis 60 000 angestiegen. Allein an strategischem Nuklearpotential besitzen die beiden Supermächte mittlerweile je ca. 11 000 Gefechtsköpfe und sicherlich mehr als 10 000 Megatonnen TNT auf jeder der beiden Seiten. Zum Vergleich: Eine Megatonne TNT sind 1 000 Kilotonnen TNT; die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe lag «nur» bei ca. 12 Kilotonnen.

Zusammenfassend kann also kaum geleugnet werden, dass nicht genügend Finanzmittel bereitgestellt und nicht ausreichend Streitkräfte und Waffen existieren würden, um Krieg zu führen. Die Frage, ob Kriege in Europa führbar sind, muss entsprechend mit Ja beantwortet werden.

2. Lassen die Folgen eines Krieges noch dessen Führung zu?

Bezieht man die Frage nach der Führbarkeit von Kriegen aber nicht isoliert und allein auf die bereitgestellten Mittel, sondern berücksichtigt auch die Folgen ihres Einsatzes, so kann die vorangegangene Antwort wohl kaum aufrechterhalten werden.

Angesichts der erwähnten *Overkill-Kapazität von Atomwaffen* ist die Aussage, dass atomare Kriege nicht führbar sind, im Gegenteil eine makabre Banalität. Diese Erkenntnis ist im übrigen nicht neu. In der sog. Weizsäcker-Studie aus dem Jahre 1970

sind die Folgewirkungen eines Atomkrieges für einen hochindustrialisierten Staat wie die Bundesrepublik bis in alle Verästelungen genau untersucht und beschrieben worden. Das Ergebnis dieser Studie lautete, dass nach einem Atomkrieg die Bundesrepublik ihre Existenzfähigkeit verlieren würde. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe weiterer Untersuchungen und Studien, etwa der Vereinten Nationen oder der OTA (Office of Technology Assessment), einer Behörde des US-Kongresses, die bezogen auf die verschiedensten Länder oder Szenarien zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen sind. Das mittlerweile bekannte Phänomen des sog. nuklearen Winters ist in diesen Studien noch nicht einmal berücksichtigt.

Was auf Atomkriege zutrifft, gilt heute aber auch – wenn auch unter etwas veränderten Vorzeichen – für den Einsatz *konventioneller Streitkräfte und Waffen.* Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die hochexplosiven konventionellen Potentiale heute kaum noch mit den Waffen vergleichbar sind, die etwa im Ersten oder Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden. Zum anderen ist hervorzuheben, dass die *industrielle, ökologische, soziale und kulturelle Situation Europas* sich gegenüber den Zeiten des Ersten oder Zweiten Weltkrieges entscheidend verändert hat. Zu diesen Veränderungen gehört zum Beispiel, dass heute in Europa etwa 200 Kernkraftwerke in Betrieb sind. Daneben gibt es nicht nur Versuchsanlagen, Lager für Kernbrennstäbe und Entsorgungseinrichtungen des atomaren Bereichs, sondern auch eine hohe Zahl und Dichte von Chemieanlagen, Lagerstätten für Erdöl und Erdölprodukte, Gaspipelines, zentrale Versorgungseinrichtungen für Strom, Trinkwasser und vieles mehr. Sie alle sind grosse militärische Ziele, die für Raketen und Kampfflugzeuge leicht erreichbar sind. Es bedarf nicht allzu vieler Phantasie, um sich die Folgen eines solcherart geführten konventionellen Krieges vorzustellen, zu dessen Wirkungen nicht nur der direkte Waffeneinsatz auf die betroffenen Menschen gehört, sondern eben auch die Emissionen radioaktiven Materials aus den Kernkraftwerken, die tödlichen Giftwolken aus den Chemieanlagen, die Feuerstürme aus den Gas- und Erdöllagerstätten und schliesslich der Zusammenbruch aller Versorgungs- und Entsorgungswege, zum Beispiel von Strom, Trinkwasser, Lebensmitteln und Atemluft.

Zusammenfassend muss deshalb mit Blick auf die Folgen und Wirkungen sowohl des atomaren als auch des konventionellen Einsatzes von Streitkräften und Waffen betont werden, dass Kriege in Europa nicht mehr führbar sind. Die hochindustrialisierten Staaten Europas sind kriegführungsunfähig oder mit anderen Worten: Kriege sind *zivilisationsunverträglich.*

3. Gibt es Bedrohungen, die Rückschlüsse auf die Möglichkeit der Führung eines Krieges in Europa erlauben?

Besteht auch im zu Ende gehenden zwanzigsten Jahrhundert noch die Gefahr eines Weltkrieges in und um Europa? Ist ein Nuklearkrieg oder ein konventioneller Krieg zwischen den beiden Militärpakten NATO und WVO überhaupt wahrscheinlich? Vier Gründe sprechen dagegen:

Zum einen lässt sich *kein Kriegsziel* in Europa erkennen, das angesichts der beschriebenen Folgen und Wirkungen des Einsatzes von Streitkräften und Rüstungen sowohl im Land des Angegriffenen als auch des Aggressors einen eigenen militärischen Angriff rechtfertigen würde. Die Kosten der Aggression wären höher als der mögliche Kriegsgewinn.

Zum anderen lässt sich heute angesichts der Widersprüchlichkeit der erwähnten Hochrüstung einerseits und der beschriebenen Zivilisationsunverträglichkeit von Kriegen andererseits eine *Akzeptanzkrise* in weiten Teilen der Bevölkerung und insbesondere der jungen Wehrpflichtigen feststellen, die zum Beispiel in der Bundesrepublik nicht nur zu einem Anschwellen der Wehrdienstverweigererzahl geführt hat, sondern sicherlich auch in weiten Teilen der Bevölkerung die Bereitschaft, Krieg zu führen, ausschliesst.

Drittens lässt sich unter den politischen und militärischen Entscheidungsträgern und Akteuren in ihrer Gesamtheit *keine Absicht* erkennen, einen Krieg in Europa und damit letztlich einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Zwar sind hin und wieder noch feindselig-ideologische Verbalradikalismen bis hin zu Scherzen makaberster Art zu ver-

zeichnen; doch stellen sie die Ausnahme dar, welche die Regel bestätigt, und sind nicht Ausdruck einer Kriegsabsicht.

Viertens schliesslich können die *Veränderungen und Umbrüche in der Sowjetunion und in Osteuropa* bei der Bedrohungsanalyse keinesfalls weggelassen werden. Wer, wie die WVO, die eigene Militärdoktrin von der Offensive hin zur Defensive verändert und überdies einseitige Vorleistungen durch umfangreiche Reduzierungen an Streitkräften und Waffen durchführt und schliesslich auch im Rahmen von Verhandlungen bereit ist, strukturelle Angriffsunfähigkeit anzustreben, lässt erkennen, dass er der Institution des Krieges in Europa den Boden entziehen will.

Lässt sich zusammenfassend also schlussfolgern, dass Kriege in Europa nicht mehr führbar sind? In den vergangenen Jahren hat sich die Waffentechnologie insbesondere im Nuklear- und Raketenrüstungsbereich ungebremst in Richtung Kriegführungsfähigkeit entwickelt (Erhöhung der Treffgenauigkeit, der Zuverlässigkeit der Gefechtspotentiale, der Reichweiten bzw. der Verkürzung der Vorwarnzeiten oder der Verringerung der Strahlung). Die Frage nach der Führbarkeit von Kriegen in Europa lässt sich deshalb auch heute noch nicht mit einem eindeutigen Nein beantworten. Zumindest eine Kriegsursache bleibt denkmöglich: Die Gefahr eines Krieges, dessen Anlass in äusseren Krisen und Konflikten liegt, deren Zündfunken aber eben auch auf Europa überspringen kann. Wer sich aber – gewollt oder ungewollt – über die Technologie Kriegführungsoptionen eröffnet, wird in Krisenzeiten der Logik und dem Zwang der Schadenseliminierung durch Präemption nicht entgehen können. Denkmöglich ist deshalb auch heute noch ein *«Krieg wider Willen»* um und in Europa, der vorbeugend und ohne eigene Absichten und «nur» aus dem einen Grund geführt wird, dem möglichen Gegner mit dem Ziel der Schadensminderung zuvorzukommen.

Aus der Relativierung der eindeutigen Kriegführungsunfähigkeit Europas durch die Denkmöglichkeit eines «Krieges wider Willen» aus Schadensminimierungsgründen resultiert auf keinen Fall die Notwendigkeit, den bisherigen Weg der Hochrüstung fortzuschreiten. Im Gegenteil: Sind erst einmal die zu Präemptivschlägen geeigneten Systeme beseitigt, so ist auch die genannte denkmögliche Kriegsursache hinfällig.

4. Schlussfolgerungen unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz

Wenn also davon auszugehen ist, dass Kriege in Europa nicht mehr führbar sind, so liegt es in der Logik dieser Aussage, die Abschaffung von Streitkräften und Rüstungen zu fordern. Ist diese Forderung – aus psychologischen Gründen – kurz- oder mittelfristig nicht einlösbar, so kann doch heute schon ein Programm entwickelt werden, das über Abrüstungsschritte, Rüstungsreduzierungen und Umstrukturierungen zur strukturellen Angriffsunfähigkeit das Ziel der *Abschaffung nationaler Streitkräfte* langfristig anstrebt. Die *Schweiz* könnte in diesem Rahmen für Europa durchaus eine *Vorreiterrolle* spielen. Meiner Ansicht nach ist sie in einer unvergleichbar günstigen Situation, sowohl in geographischer und topographischer als auch in strategischer Hinsicht. Bezieht man gesellschaftspolitische Aspekte mit ein, so trifft das auch in einem weiteren Sinne zu: Die Schweiz ist keiner unmittelbaren militärischen Bedrohung ausgesetzt. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass sich die Schweiz von einem der Nachbarstaaten bedroht fühlt. Falls die Volksinitiative zur Abschaffung der Armee Erfolg hätte und die Armee abgeschafft würde, hielte ich es gleichwohl für völlig unmöglich, dass die Schweiz überfallen oder auf längere Sicht in einen kriegerischen Konflikt hineingezogen würde.

Zwar ist der Einwand richtig, dass Neutralität sich stets als bewaffnete Neutralität definierte. Doch muss ohnehin betont werden, dass nicht nur Abschreckung oder paktgestützte Sicherheit, sondern eben auch *Neutralität ein überholtes Konzept* ist. Kennzeichen heutiger Drohungen und Gefährdungen ist ihre grenzüberschreitende Natur. Dies gilt für militärische Gefahren ebenso wie für zivile, zum Beispiel im ökologischen, technologischen oder ökonomischen Bereich. Nuklearer Fallout – sei er ziviler Natur, sei er militärischen Ursprungs – kennt keine Neutralen, keine Kommunisten oder Kapitalisten.

Sicherheit ist zukünftig nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben. Sicherheit ist in Zukunft auch nicht mehr national organisierbar. Vielmehr ist Sicherheit in Zukunft *gemeinsame Sicherheit*. Wenn diese Schlussfolgerung aber richtig ist, dann kann sie sich nicht nur auf Bündnisse wie die NATO und den Warschauer Vertrag beziehen. Vielmehr verlangt das Erfordernis gemeinsamer Sicherheit auch nach der Ablösung der bewaffneten Neutralität.

Brief aus dem Nationalrat

Die SP vor und nach dem 26. November 1989

Vergeblich versuchten die Genossen Sepp Stappung (Schlieren) und Peter Bodenmann (Brig) das Rüstungsprogramm 1989 im Betrage von 1844 Millionen Schweizerfranken um 246 und 315 Millionen für die Funkgeräte SE 225 und die 12 zusätzlichen Transporthelikopter 89 Super-Puma zu kürzen. Es muss befürchtet werden, dass bald nach dem 26. November weitere Forderungen für Transport-, später auch Panzerabwehr- und andere Modelle von Kampfhelikoptern kommen werden (es sei denn, die Armeeabschaffungs-Initiative würde nicht abgelehnt!).

SP im Abseits

Überraschend war das Votum von Theologieprofessor Heinrich Ott als Sprecher der SP-Fraktion, das er allerdings mit uns nicht abgesprochen hatte: Wortreich holte er zu einer grundsätzlichen Optik der Rüstungsbeschaffungspolitik aus und berief sich dabei auf die sozialdemokratischen Parteien Europas: Betonung der rein defensiven Rüstung und Errichtung eines umfassenden Systems sicherheits- und vertrauensbildender Massnahmen in Europa. Leider blieben die Folgerungen unbestimmt und unverbindlich (unkorrigiert):

«Vielleicht bleibt eine situationsgenügende Landesverteidigung im gesamteuropäischen Konzept unter bestimmten gegebenen Bedingungen, aber auch mit geringeren Mitteln, als man vordem glaubte. Vielleicht muss man zu den Ausbauschritten anfangen, Varianten zu planen. Vielleicht müsste man den sehr weittragenden Konsequenzenumbau unserer Armee zu einer Mehrzweckarmee – der Ausdruck stammt nicht von mir, sondern vom EMD – ins Auge fassen, einer Mehrzweckarmee, die in noch ganz anderem Masse als bisher auch für Friedenseinsätze fähig ist, weil diese wohl für unsere eigene Sicherheit die wichtigsten sind.»

Muss denn die eigene Sicherheit immer im Vordergrund stehen? Längst spricht die SPD von «gemeinsamer Sicherheit» oder «Sicherheitspartnerschaft», und die Sowjetunion hat diese Überlegungen erfreulicher- und hoffnungsvollerweise weitgehend übernommen. Heiner Ott müsste ich allerdings zusätzlich fragen, ob man als Theologe die Reden von Sicherheit und Sicherheitspolitik im Rüstungsbereich so unkritisch, ungeschützt und ohne Vorbehalt übernehmen darf. Ich wäre dankbar gewesen, wenn sich Heiner Ott (mit dem ich schon vor Jahrzehnten in der Kirchenkommission des Verfassungsrates der beiden Basel sass) auf eine Variante möglichst ohne Wenn und Aber festgelegt hätte. Dann hätte er allerdings sehr viel weniger Lob von Bundesrat Kaspar Villiger und rechtsbürgerlichen Nationalräten und Kommentaren geerntet. Original-Grabesstimme von Herman Greulich: «Heinrich, wenn Du in der NZZ gelobt wirst, dann musst Du Dir überlegen, was Du falsch gemacht oder gesagt hast!»

Ich muss mir dies ebenfalls überlegen: Möglicherweise bin ich in die Offside-Falle getreten. Am Armeeabschaffungs-Parteitag der SPS setzte ich mich für die Stimmfreigabe ein, obwohl ich die Armee als ge-

Sind Kriege in Europa führbar?

Hansjörg Braunschweig begrüsst Dieter Lutz und die vierzig Anwesenden zur Nachmittagsveranstaltung. «Sind Kriege in Europa führbar»? lautet die Frage, die der Referent schon vor der Nationalratskommission zur Vorberatung der GSoA-Initiative erörtert und dabei einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Dieter Lutz ist seit 1976 geschäftsführender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Der Inhalt des Referats von Dieter Lutz geht aus der Kurzfassung in diesem Heft (vgl. S. 329ff.) hervor. In der Diskussion fügt Lutz hinzu, dass er als Bürger der BRD zwar froh wäre, wenn sein Staat die Verteidigungskonzeption der Schweiz übernähme, als Bürger der Schweiz würde er jedoch im Sinne der GSoA-Initiative einen Schritt weitergehen. Das Geld, das auch die neutralen Staaten für die Armeen ausgäben, fehle den Armen in der Dritten Welt.

Lutz will die GSoA in der BRD vermehrt bekannt machen. Sein nächstes Ziel wäre eine entmilitarisierte Zone, die sowohl die skandinavischen Länder als auch die BRD, die Schweiz und Österreich sowie die Tschechoslowakei und die DDR umfassen würde. Perestroika beweise, dass Vernunft sich in der Geschichte durchsetzen könne. Mit diesem hoffnungsvollen Schlusswort endet die Veranstaltung, die den regeren Besuch der Vorjahre verdient hätte. Willy Spieler

HINWEISE AUF BÜCHER

Gret Haller: *Streitbare Friedfertigkeit*. Zytglogge Verlag, Bern 1987. 77 Seiten, Fr. 17.–.

Gret Hallers politische Meditation im vorliegenden Heft gibt die willkommene Gelegenheit, auf dieses lesenswerte Buch hinzuweisen, das schon eine Weile bei der Redaktion liegt. Viele Einsichten, die in der Meditation vorgetragen werden, sind hier grundgelegt: Noch dominiert in unserer Welt die «alte Wirklichkeit» des «Sich die Erde untertan machens», die zusammen mit der Natur auch die Frau unterdrückt, Ethik «privatisiert», das heisst der Politik entfremdet, und in diesem «sektoriellen Denken» nur die eigenen (Macht-)Interessen im Blickfeld hat. Dagegen steht die «neue Wirklichkeit» des «Hegens und Pflegens», der «politischen Ethik» und des «ganzheitlichen Denkens». Das Hegen und Pflegen wurde in der «alten Wirklichkeit» an die Frauen delegiert, weshalb Frauen heute – historisch bedingt – Politik und Ethik am ehesten zusammenbringen. Im Gegensatz zur Privatisierung der Ethik fordert Gret Haller die «Privatisierung der Politik»: Die Ethik, die wir in unserem Privatleben als verbindlich erachten, muss auch das öffentliche Leben bestimmen. «Einen guten Politiker, der persönlich nicht integer ist, gibt es nicht.» Mit «Privatisierung der Politik» hat auch der Begriff der «streitbaren Friedfertigkeit» zu tun. Sie ist die Fertigkeit, «Standpunkte zusammenzuführen», gleichzeitig aber den eigenen zu wahren, «Anziehungsmacht» zu entwickeln, und, wo notwendig, «Ausschliessungsmacht» zu behaupten. «Friedfertigkeit, die nicht auch streitbar werden kann, wird nicht ernst genommen, denn sie ist zu schwach.» Willy Spieler

Frei Betto: *Zeichen des Widerspruchs*. Gespräche über Politik – Religion – Ordensleben – Volksbewegungen – Jugend in Lateinamerika. EDITION EXODUS, Brig 1989. 102 Seiten, Fr. 15.70.

Nach den «Nachtgesprächen mit Fidel» bringt der EXODUS-Verlag ein Buch heraus, in dem Fidels Dialogpartner Frei Betto seine befreiungstheologischen Positionen in Gesprächen mit Alfonso Borges Filho entwickelt. Ein Kapitel ist ebenfalls Kuba (und Nicaragua) gewidmet, das – verglichen mit Brasilien – «für einen reichen Brasilianer die Hölle», «für einen Bürger der Mittelklasse das Fegfeuer und für die Arbeiter das Paradies» wäre. Die Bedeutung der Religion für den Aufbau des Sozialismus wird in diesem Buch ähnlich hervorgehoben wie im NW-Gespräch des vorliegenden Hefts. Der Christ kann die Hoffnung auf den «neuen Menschen» nicht aufgeben. Für Betto «werden der zukünftige Mann und die zukünftige Frau in Lateinamerika Kinder einer Ehe zwischen Che Guevara und Theresa von Avila sein». Der Befreiungstheologe optiert für eine «Synthese von Christentum, Marxismus und mystischen Traditionen des Ostens». Er setzt auf eine demokratische Kirche, in der es keine «Männerherrschaft» mehr gibt, eine Kirche, «die nicht moralisiert, deren moralisches Leben sich jedoch aus ihrem Engagement für die Mehrheit des Volkes ergibt», einen Vatikan auch, der seinen «Besitz» der «Unesco als Vermögen der Menschheit» übergibt. W. Sp.